

Standpunkt

27. März 2025

vdw Niedersachsen Bremen e. V. | Leibnizufer 19 | 30169 Hannover
Verbandssprecher Carsten Ens | Tel.: 0511/1265-127 | mobil: 0170 / 6509-222
E-Mail: c.ens@vdw-online.de | Internet: www.vdw-online.de

vdw-Verbandsdirektorin Dr. Schmitt dankt niedersächsischen Verhandlern

CDU und SPD ebnen bei Koalitionsgesprächen Weg zu mehr Klimaschutz im Gebäudesektor

Hannover. In den Koalitionsverhandlungen in Berlin haben sich CDU und SPD auf einen neuen Weg hin zu mehr Klimaschutz im Gebäudesektor geeinigt. Auch dank der niedersächsischen Politiker aus SPD und CDU, allen voran dem niedersächsischen Bauminister Olaf Lies, ist der Einstieg in einen Paradigmenwechsel bei der Dekarbonisierung der Wohnungsgebäude geglückt. Diese mutige Entscheidung dürfte der Einstieg in einen neuen Weg hin zu mehr erneuerbarer Energie und wirtschaftlich angemessener Sanierung älterer Bestände sein. Es ist gut, dass dabei auch das Heizungsgesetz auf den Prüfstand kommen wird.

Die soziale Wohnungswirtschaft setzt in diesen grundlegenden Richtungswechsel die hohe Erwartung, dass die Wärmewende im Wohnsektor für alle Menschen bezahlbar sein wird. Statt teurer und kurzfristiger Einzelgebäude-Betrachtungen rückt eine langfristige Bewertung der Emissionseffizienz in den Fokus. Für diesen Weg setzt sich der vdw Niedersachsen Bremen (vdw) seit langem gemeinsam mit vielen anderen Unterstützern der Initiative „Praxispfad CO₂-Reduktion im Gebäudesektor“ ein.

Zum Abschlusspapier der Arbeitsgruppe Verkehr und Infrastruktur, Bauen und Wohnen sagt vdw-Verbandsdirektorin Dr. Susanne Schmitt:

„Der Immobiliensektor spielt eine zentrale Rolle bei der Erreichung der deutschen Klimaziele bis 2045. Aber das Gebäudeenergiegesetz in der Fassung von 2023 war eine absolut falsche Weichenstellung, um diese Ziele zu erreichen. Die darin formulierten Vorgaben stützen sich auf maximale Energieeffizienz und umfassende Sanierungsmaßnahmen jedes einzelnen Gebäudes - dieser Ansatz war von vornherein bei der großen Anzahl an betroffenen alten Gebäuden nicht finanzierbar und damit in der gebotenen Breite nicht umzusetzen. Im Ergebnis sind die Vorgaben des GEG-Heizungsgesetzes deswegen nicht annähernd so klimawirksam, wie es nötig wäre.

Die Umsetzung hätte das Wohnen in unseren Städten weiter verteuert. Leidtragende wären vor allem Haushalte mit kleinem Geldbeutel gewesen. Wir haben stets auf die sozialen Auswirkungen hingewiesen, schließlich rechneten unsere Mitgliedsunternehmen mit Investitionen in Milliardenhöhe, die sich in immer höheren Mieten niederschlagen würden.

Wir haben deswegen den niedersächsischen Verhandlungsvertretern in der Arbeitsgruppe Energie und Klima unsere dringende Bitte mit auf den Weg gegeben, den Vorschlägen der wissenschaftsgestützten Initiative „Praxispfad CO2-Reduktion im Gebäudesektor“ zu folgen und das bisherige Gebäudeenergiegesetz völlig neu auszurichten. Wir sind den niedersächsischen Verhandlern heute dankbar, dass sie diese Hinweise aufgenommen und in der Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Verkehr und Infrastruktur, Bauen und Wohnen auch umgesetzt haben.“

Der vdw Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Niedersachsen Bremen vertritt die Interessen von 178 Wohnungsunternehmen. In ihren rund 400.000 Wohnungen leben fast eine Million Menschen. In Niedersachsen gehört jede fünfte Mietwohnung zum Bestand der vdw-Mitgliedsunternehmen, im Land Bremen liegt der Anteil sogar bei mehr als 40 Prozent. Die vdw-Mitgliedsunternehmen sind somit die wichtigsten Anbieter von Mietwohnungen in den beiden Ländern.